

Pressemitteilung

München, den 11. November 2021

Bund und Freistaat müssen den Bau von Wohnungen stetig und stärker fördern

- *Der Zuschuss für Wohnraumförderung muss auf 600 Euro pro qm erhöht werden.*
- *Förderung von Wohnungsbau muss auf langer Zeitschiene verlässlich planbar sein.*

Der Bau von bezahlbaren Wohnungen bleibt eine drängende Gemeinschaftsaufgabe für Bund, Freistaat und Kommunen. Gerade in den letzten Jahren konnten mehr neue Wohnungen gebaut werden. Aber der Bedarf bleibt in allen Regionen Bayerns enorm, in Ballungsräumen ebenso wie in ländlichen Räumen, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „**In vielen Regionen müssen bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Bund, Freistaat und Kommunen müssen ihre Kräfte bündeln, um Wohnungsnot zu lindern. Der Bau von bezahlbaren Wohnungen muss stetig und stärker gefördert werden.**“

Der Bund und der Freistaat stehen in der Verantwortung, um die Mittel für die Wohnraumförderung zu erhöhen, sagt Pannermayr: „**Städte und Gemeinden brauchen Kontinuität und Planbarkeit. Projekte zum Wohnungsbau erfordern einen langen Atem. Die Fördermittel dürfen nicht kurzatmig von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr zugeteilt werden, Kommunen und Wohnungsbau-Unternehmen benötigen Zielvorgaben und Mittelzusagen über mehrere Jahre hinweg. Die Fördermittel für die Wohnraumförderung müssen auf einer langen Zeitschiene verlässlich und planbar sein.**“

So hat der 2015 beschlossene Wohnungspakt Bayern einen verlässlichen Rahmen über den Zeitraum von vier Jahren geboten. Von 2016 bis 2019 konnten mit einem Gesamtfördervolumen von 2,9 Milliarden Euro knapp 25.000 Wohnungen gebaut werden. Den Kommunen fehlen für 2022 und die folgenden Jahre klare Aussagen zur staatlichen Förderung von Wohnraum. 2020 lag die Wohnraumförderung bei 847,8 Millionen Euro. 2021 lag die Wohnraumförderung bei 848,6 Millionen Euro - 150 Millionen für das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm, 38 Millionen für Studentenwohnraumförderung, 660 Millionen Euro für staat-

liche Wohnraumförderung (davon waren 155,6 Millionen Bundesmittel und 140 Millionen Euro Eigenmittel der BayernLabo).

Pannermayr zieht mit Blick auf die Entwicklung des geförderten Wohnungsbaus in den letzten Jahren das Fazit: „**Wir hängeln uns im geförderten Wohnungsbau derzeit von Jahr zu Jahr. Aber die Planung, Genehmigung und schließlich der Bau von Wohngebäuden und Siedlungen dauern weitaus länger als ein Jahr. Wohnungsbau-Unternehmen planen über einen größeren Zeithorizont und brauchen hierfür über einen langen Zeitraum verlässliche Mittel.**“

Der Wohnungsbau ist gerade in den letzten Jahren teurer geworden wegen gestiegener Baukosten und höherer Grundstückskosten. Die Bauwerkskosten haben sich laut statistischem Bundesamt in den letzten 20 Jahren um rund 80 Prozent erhöht. Baustoffe werden derzeit knapp. Die Kosten für Holz, Beton oder Kunststoff steigen gerade seit den letzten Monaten rapide. Lieferschwierigkeiten sorgen aktuell für Verzögerungen beim Bau. Dies führt dazu, dass auf öffentliche Ausschreibungen für Bauprojekte oft gar keine Angebote mehr kommen.

Die Fördersummen müssen an die aktuelle Entwicklung angepasst werden, Kostenobergrenzen müssen angehoben werden, meint Pannermayr: „**Die bisherigen Fördermittel sind in den einzelnen Regierungsbezirken erfahrungsgemäß schnell abgerufen. Zuschüsse in der Wohnraumförderung müssen erhöht werden, um gestiegene Baukosten und Grundstückskosten ausgleichen zu können. Der bisherige Zuschuss von bis zu 300 Euro pro Quadratmeter genügt nicht mehr. Der Vorstand des Bayerischen Städetags fordert daher, den Zuschuss auf bis zu 600 Euro pro Quadratmeter zu erhöhen.**“